



AMBASSADE DE SUISSE
AU CANADA

OTTAWA 2, Ontario
5, Avenue Marlborough

Le chef du D^t
M

P.R. No. 5

den 1. Juni 1962

Herrn F.T. W a h l e n
Vorsteher des Eidgenössischen
Politischen Departements
B e r n

Herr Bundesrat,

Nach meiner Rückkehr aus der Schweiz bat ich Herrn Norman Robertson, Unterstaatssekretär im kanadischen Aussenministerium, um eine Audienz. Da ich ihm gesagt hatte, ich möchte gerne mit ihm eine Aussprache über die internationale Lage haben, lud er mich kurzerhand zu einem Lunch unter vier Augen im Rideau-Club ein. Soeben komme ich von diesem Lunch zurück und versuche nunmehr, das Besprochene zu Papier zu bringen.

----- 000000 -----

1. Die kanadische Regierung ist der Auffassung, dass in den letzten Monaten eine allgemeine Entspannung in der aussenpolitischen Situation eingetreten sei, und zwar nicht nur deshalb, weil die Russen ihren Druck abgeschwächt, sondern weil auch die Amerikaner ihre Geduld nicht verloren haben und die Gespräche mit den Russen trotz bisher mangelnder Erfolge weiterführen. Auf meine Frage, ob die Verbündeten Amerikas diese bilateral geführten Gespräche schätzen, antwortete Robertson, dass das Misstrauen Englands und insbesondere Frankreichs immer noch latent vorhanden sei. Auch Kanada lege Wert darauf, sofort und vollständig über solche Gespräche orientiert zu werden. Leider sei dies nicht immer der Fall. England habe zur Zeit Vertrauen in die amerikanische Administration; England empfehle auch Kanada Geduld und Ruhe. Robertson ist der Auffassung, man solle zur Zeit gar nichts

von diesen bilateralen Gesprächen erwarten. Sie werden keine konkreten Abmachungen zur Folge haben. Die Tatsache aber, dass die Russen und Amerikaner endlich in ein bilaterales Gespräch eingetreten sind, sei für die Entspannung von so grosser Bedeutung, dass man sie keinesfalls aus falschen Prestigegründen stören sollte. Soweit die kanadische Regierung es tun könne, ermuntere sie die amerikanische Administration, diese Gespräche fortzusetzen.

Schwieriger sei der Fall im NATO-Rat, wo insbesondere Frankreich kein Hehl aus seinem Misstrauen gegenüber den bilateralen amerikanisch-russischen Gesprächen mache und wo kleinere Alliierte aus Prestigegründen die Amerikaner an ihre Verpflichtung, ihre Verbündeten sofort und vollständig zu orientieren, immerfort erinnern. Ernst sei allerdings lediglich die grundsätzliche von der amerikanischen verschiedene Konzeption Frankreichs.

Nach Robertson vertritt Frankreich die Idee: "Europe first"; je nach der Entwicklung der Lage in Europa soll die amerikanische Hilfe bis zum Einsatz von Nuklearewaffen und diesen inbegriffen, etappenweise oder sofort automatisch einsetzen, wohingegen die Amerikaner für jede Etappe ihre Entschlüsse vorbehalten.

Ich habe Herrn Robertson über diese Kontroverse nicht weiter ausgefragt, da es mir scheint, dass der Bericht von Herrn Botschafter Soldati aus Paris von anfangs Mai die Frage erschöpfend behandelt hat. Herr Robertson hat im Grunde genommen nur summarisch bestätigt, was Herr Botschafter Soldati Ihnen darüber schon berichtet hat. Wesentlich scheint mir aber zu sein, dass Robertson keinen Zweifel übrig liess, dass Kanada (mit England übrigens) in dieser Kontroverse auf der amerikanischen Seite stehe und es nie zulassen werde, dass Kanada durch das automatische Spiel von Vertragsklauseln in einen Krieg verwickelt werde, den es von ganzem Herzen verabscheut. Den letzten Entscheid werde Kanada selber, unabhängig von England und den Vereinigten Staaten von Amerika,

treffen. Dabei gebe sich Kanada vollkommen darüber Rechenschaft, dass irgendwo und irgendwann ein Krieg ausbrechen könnte, in welchem die kanadischen Streitkräfte im Rahmen der NATO hineingezogen werden könnten. Die kanadische Regierung glaube aber, dass ein Krieg mit beschränkten Zielen eine Zeitlang auf der Stufe der konventionellen Waffen verbleiben könne. Der Uebergang von konventionellen Waffen zum Einsatz taktischer Atomwaffen und von diesen zum Einsatz von strategischen Atomwaffen dürfe aber keinesfalls von einer Drittmacht mutwillig provoziert werden.

Die kanadische Regierung besitze ja überhaupt noch keine Atomwaffen, nicht einmal taktische, erwiderte ich.

Es sei richtig, antwortete Robertson, aber die USA würden im Eventualfalle nicht zögern, Kanada taktische Atomwaffen zur Verfügung zu stellen, und zwar innert sehr kurzer Frist. Uebrigens wünschen die beiden grossen politischen Parteien Kanadas vor den Wahlen keine öffentliche Diskussion über die Ausrüstung der kanadischen Armee mit Atomwaffen und auch die Chefbeamten seien an diese Weisung gebunden. Weil wir aber schon bei dieser Frage gelandet seien, so möchte er nur noch beifügen, dass der Aussenminister trotz moralischer Bedenken den Standpunkt im Ministerrat vertreten hatte, dass es unvernünftig wäre, die Regierung im voraus auf einen Verzicht auf Atomwaffen zu verpflichten. Dabei habe er sich auf die Schweiz berufen, dessen Volk am 1. April dieses Jahres eine dahinzielende Initiative mit grossem Mehr verworfen hat.

Bei der Durchsicht der Presse habe ich feststellen können, dass weder die Konservativen noch die Liberalen das Für oder das Wider die Atombewaffnung zu ihrem Slogan erkoren haben. Nur die neue demokratische Partei, die kaum mehr als einige Prozent der Wähler wird mitreissen können, verlangt den Verzicht auf Atomwaffen und vollständige Abrüstung.

2. Der kanadische Botschafter in der Sowjetunion habe berichtet, dass unter den ausländischen Beobachtern in Moskau in letzter Zeit Zweifel darüber geäußert werden, ob Chruschtschow tatsächlich noch der Alleinherrscher sei. Man scheine in Moskau jetzt unter dem Eindruck zu stehen, dass Chruschtschow je länger je mehr gewisse Strömungen innerhalb des internationalen Kommunismus wie auch innerhalb der sowjetischen kommunistischen Partei berücksichtigen und dort verhandeln müsse, wo er früher ohne weiteres einen souveränen Entscheid hätte treffen können.

Diese Entwicklung wirke naturgemäss dämpfend auf den persönlichen Ehrgeiz Chruschtschows in aussenpolitischen Dingen, so dass das augenblickliche Nachlassen des russischen Druckes weniger gewollt als eine notwendige Konsequenz innerpolitischer Schwierigkeiten sei. Diese für den Westen günstige Entwicklung müsse begrüsst werden.

In diesem Zusammenhang kamen wir auf das vom kanadischen Aussenminister erlassene Communiqué zu sprechen, in welchem Herr Howard Green seiner Befriedigung über die Fortschritte der Genfer Abrüstungskonferenz Ausdruck gab und mit grossem Optimismus die Entspannung der weltpolitischen Lage schilderte. Herr Robertson lachte auf und sagte, keine einzige Zeitung habe dieses Communiqué veröffentlicht, doch habe er die Herausgabe des Communiqués nicht verhindern können. Die Entwicklung in Genf habe übrigens nicht seinem Aussenminister, sondern den Experten des Aussenministeriums recht gegeben, denn inzwischen habe ja Moskau das von Herrn Zorin in Genf paraphierte Abkommen über die Einstellung der Kriegspropaganda desavouiert. Dessenungeachtet, fügte Herr Robertson bei, sollten die Abrüstungsgespräche fortgesetzt werden. Unter diesem Gesichtspunkte sei der an sich unberechtigte Optimismus des kanadischen Aussenministers als durchaus konstruktiv zu werten und für die Entspannung der Atmosphäre günstig.

3. Herr Robertson erkundigte sich angelegentlichst über die Haltung der Schweiz gegenüber dem Gemeinsamen Markt. Es war mir, dank der erschöpfenden Dokumentation über die Arbeiten der Ministerkonferenz in Bern, nicht schwer, auf alle seine Fragen zu antworten. Am meisten beeindruckte ihn die Tatsache, dass die drei Neutralen als Abnehmer von Waren des Gemeinsamen Marktes bedeutender seien als die USA und der Plan Kennedys ~~amit~~ nicht ohne weiteres für die europäischen Neutralen einen vollen Ersatz für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen darstellen könnte.

In diesem Zusammenhang bestätigte er mir nochmals die grosse Abneigung der scheidenden konservativen Regierung (Equipe Diefenbaker-Fleming) gegen einen Beitritt Englands in den Gemeinsamen Markt, wobei die Gründe mehr sentimentaler und politischer, als wirtschaftlicher Natur seien. Empört hätte neuerdings die britischerseits veranlasste Veröffentlichung eines Communiqués über eine Einigung Englands und der Sechs über den etappenweisen Abbau der Präferenzen für Fertigwaren aus Commonwealth-Ländern (lese aus Kanada).

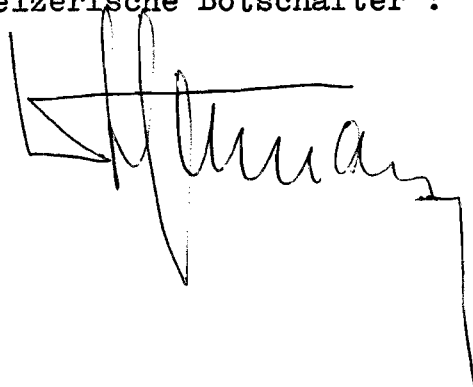
Von anderer Seite wurde mir bestätigt, dass die Verärgerung echt sei. Selbst wenn England es wegen anderweitiger Indiskretionsmöglichkeiten vorgezogen habe, die Oeffentlichkeit und die Commonwealth-Länder selber durch ein Communiqué zu verständigen, so hätte die britische Regierung doch die Pflicht gehabt, die kanadische Regierung so rechtzeitig zu informieren, dass diese Zeit gehabt hätte, ihre Oeffentlichkeit auf die Einigung über den Abbau der Präferenzen vorzubereiten. Diese Verstimmung ist aber auch deshalb echt, weil Kanada mitten im Wahlfeldzug steht und Nachrichten solcher Art die Stimmung für oder gegen die Regierung wesentlich beeinflussen können.

Industrie und Handel sind aber keineswegs geneigt, diese Tatsachen zu dramatisieren. Was ihnen ungelegen kommt, ist der zu frühe Beginn der ersten Abbauetappe; sie haben mit längeren Fristen gerechnet. Sonst ist man sich aber dessen

bewusst, dass der kanadische Kostenfaktor im Exportgeschäft den neuen wirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen in Europa angepasst werden müsse, ob England nun dem Gemeinsamen Markt beitrete oder nicht.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter :

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. Müller', written over a horizontal line. The signature is stylized and somewhat cursive.